

FREIE SICHT

Falsch
gefragt

REINER EICHENBERGER

Vieles, was heute Service-public ist, könnte im freien Markt besser und billiger produziert werden – wobei natürlich allfällige positive externe Effekte angemessen abgegolten werden müssten. Gegen solchen Wandel wehren sich die Profiteure der bisherigen Service-public-Arrangements und zumeist setzen sie sich ja in den Volksabstimmungen auch durch. Ist also alles okay? Nein. Die Qualität von Volksentscheiden hängt davon ab, ob die richtigen Fragen gestellt werden. Und da besteht grosses Verbesserungspotenzial.



Das Problem ist, dass es beim Service-public zumeist stark um Umverteilung zwischen gesellschaftlichen Gruppen und Regionen geht. Entsprechend vermischen die Abstimmungsvorlagen stets Effizienz- und Verteilungsaspekte. Ich schlage deshalb vor, dass zu Service-public-Vorlagen immer auch eine ehrliche Umverteilungsvorlage als dritte Alternative vorgelegt werden sollte.

So ist es bei der Abstimmung über No Billag völlig unklar, ob die Welschschweizer und Tessiner Wähler für den Status quo stimmen, weil sie die heutige SRG toll finden oder weil sie die Umverteilung von jährlich rund 340 Millionen

«Wetten, dass zumindest einige Tessiner lieber das Geld hätten?»

Franken zugunsten der Westschweiz und dem Tessin gut finden. Mit meiner neuen Regel – einer liberalen Form der Einheit der Materie – würden die Bürger nicht einfach gefragt, ob sie No Billag möchten oder weiterhin den medienpolitischen Status quo mit jährlich 120 Millionen Franken Umverteilung zugunsten des Welschlands und 220 Millionen zugunsten des Tessins (Zahlen gemäss SRG). Vielmehr würden drei Alternativen vorgelegt: «Status quo» oder «No Billag» oder «Direktzahlungen von 120 und 220 Millionen Franken fürs Welschland und das Tessin».

Wetten, dass zumindest einige Tessiner lieber das Geld hätten? Denn dann könnten sie für vielleicht 70 Millionen einen Leistungsauftrag an einen privaten Sender – sei es Teleticino oder die Neue SRG – für einen geschliffenen Informationssender vergeben und die restlichen 150 Millionen für anderes Wünschenswertes verwenden.

Das Modell sollte aber noch weiterentwickelt werden, sodass alle Beteiligten profitieren, auch die bisherigen Zahler. Wenn es etwa um den öffentlichen Verkehr geht, sollten die Bewohner eines Bergtals nicht nur gefragt werden, ob sie weiterhin eine Versorgung mit dem gelben Postauto wollen, die dem Unterland jährlich zum Beispiel 1 Million Franken kostet, sondern ob sie lieber das Postauto oder die Hälfte der impliziten Subvention, also 500 000 Franken, in bar hätten. In diesem Fall würden die Bergler wohl zumeist für das Bargeld optieren, weil sie wissen, dass sie mit einem Bruchteil davon einen viel effektiveren Mitfahrtdienst einrichten und den Rest für wichtigere Anliegen einsetzen könnten. So würden dann alle gewinnen: Die bisherigen Subventionsempfänger und die Subventionszahler.

In dieser Kolumne schreiben im Wechsel «Handelszeitung»-Autor Urs Paul Engeler sowie Reiner Eichenberger, Professor für Finanz- und Wirtschaftspolitik an der Universität Freiburg.

FREIE SICHT

Alle Kolumnenbeiträge im Internet: handelszeitung.ch/freiesicht

Clash an der Côte d'Azur

Verdacht auf Geldwäscherei Burgeners Financier sitzt in U-Haft. Sein Anwalt bezeichnet ihn als Justizopfer.

SVEN MILLISCHER

Bloss ein geschmolzener Klumpen Metall. Das blieb vom schwarzen Ferrari Enzo übrig, nachdem der russische Oligarch Suleiman Kerimov die Herrschaft über den Sportwagen verloren hatte und an der Strandpromenade von Nizza in einen Baum gekracht war. Kerimov erlitt schwerste Verbrennungen. Der Multimilliardär aus Dagestan wurde mit der belgischen Luftwaffe in eine dortige Spezialklinik geflogen. Knapp 6000 Euro hat Kerimovs Krankentransport gekostet. Beglichen hat die Rechnung wenige Tage nach dem Unfall eine Luzerner Firma namens Swiru Holding, wie Dokumente zeigen. Das war 2006.

Zwölf Jahre später rückt jene Swiru Holding wieder in den Fokus. Erstens bei der Übernahme von Constantin Medien – einem deutschen Unterhaltungskonzern, um dessen Kontrolle der FC-Basel-Präsident Bernhard Burgener seit Jahren mit Haken und Ösen kämpft. Zweitens bei millionenschweren Villen-Deals an der Côte d'Azur, die ins Visier der französischen Justiz geraten sind wegen des Verdachts auf Steuerbetrug und Geldwäscherei im ganz grossen Stil. Es soll um bis zu 500 Millionen Euro gehen, behaupten die französischen Strafverfolger. Oligarch Kerimov kam deswegen kurzzeitig in Gewahrsam. Sein Luzerner Geschäftspartner, der Unternehmer Alexander Studhalter, sitzt seit Wochen in Südfrankreich in U-Haft.

Darlehen über 117 Millionen Franken

Studhalter ist in der Innerschweiz eine feste Grösse. Seine Familie gehört zu den Hilti-Erben, sein Bruder ist FC-Luzern-Präsident. Er hat die Übernahme von Constantin Medien durch Bernhard Burgener erst möglich gemacht. Die beiden Geschäftsleute kontrollieren seit wenigen Tagen die Mehrheit am Münchner Medienkonzern. Der Kontrollübernahme ist ein öffentliches Angebot vorausgegangen, in der wiederum die Swiru Holding eine Schlüsselrolle spielt.

Die Luzerner Holding hat nämlich zwei Darlehen über 117 Millionen Euro ausstehend. Es sind Darlehen, um sich an Burgeners Highlight-Imperium zu beteiligen beziehungsweise Constantin-Ak-

tionen zu erwerben. Praktisch zeitgleich mit Burgener und Studhalters Ankündigung eines Übernahmeangebots für Constantin verhaftet die Polizei Ende November am Flughafen in Nizza Suleiman Kerimov. Ohne Pass und gegen eine 40-Millionen-Euro-Kautions kommt der russische Oligarch und Senator Dagestans zwar wieder auf freien Fuss. Aber Anfang Jahr verhaften die Franzosen seinen Geschäftspartner Alexander Studhalter.

Es müsse garantiert werden, dass sich «Monsieur Studhalter» der französischen Justiz bereithalte, begründet Jean-Michel Prêtre, Staatsanwalt der Republik Nizza, die Zwangsmassnahme, um hernach summarisch auf die Gründe für Studhalters Verhaftung einzugehen. Im Zentrum steht abermals die Swiru Holding. Staatsanwalt Prêtre sagt: «Es gibt zahlreiche und übereinstimmende Fakten verschiedener Art, die beweisen, dass es sich um eine Gesellschaft handelt mit Zweck, den echten Eigentümer zu verschleiern und im Verborgenen zu halten.» Mit anderen Worten: Hinter der Swiru Holding steht gar nicht Studhalter, sondern sein Geschäftspartner Kerimov. Die französische Justiz sieht im Luzerner einen «homme de paille», einen Strohhalm des Oligarchen.

Unbestritten ist: Die Swiru Holding besitzt mehrere Luxusvillen an der französischen Riviera. Studhalters Umfeld spricht von einer «Parahotellerie», die Kerimov als Mieter in Anspruch genommen habe. Die Strafverfolger dagegen sind überzeugt, Studhalter habe für Kerimov die Villen erstanden. Beispielsweise die palmengesäumte «Hier» am Cap d'Antibes. Offizieller Kaufpreis der Liegenschaft: 35 Millionen Euro. Doch unter dem Tisch sollen schwarz weitere 92 Millionen Euro geflossen sein, womit «Hier» insgesamt 127 Millionen Euro gekostet haben soll.

Auf solche Weise und mit Unterhaltszahlungen für die Villen habe der russische Multimilliardär mehr als 500 Millionen Euro «gewaschen», sagte Staatsanwalt Prêtre kürzlich in der Online-Zeitschrift «Mediapart», gestützt auf «zahlreiche und bedeutsame Dokumente». Allerdings gibt es Zweifel an dieser Version. So gibt es zur Villa «Hier» eine offizielle Schätzung eines Appellationsgerichts in Aix-en-Provence, die den Wert der Liegenschaft kurz vor

Alexander Studhalter (links), Filmunternehmer Bernhard Burgener: Studhalter finanzierte Übernahme der Constantin Medien.

dem Verkauf an die Luzerner auf 31 Millionen beziffert. Also nahe dem ausgewiesenen Verkaufspreis und weit entfernt von der behaupteten Schwarzgeld-Summe.

Offizielle Steuerbestätigung

Nebst dieser gerichtlich angeordneten Schätzung konnte die «Handelszeitung» ein weiteres Dokument einsehen, welches die These von Alexander Studhalter als Kerimovs Strohhalm zu entkräften hilft. So haben die Steuerbehörden seiner Wohngemeinde Horw LU am 17. März 2017 eine Bestätigung ausgestellt, wonach Alexander Studhalter alleiniger Eigentümer und wirtschaftlich Berechtigter der Swiru Holding ist, und zwar seit deren Gründung 1996.

Damals hiess die Gesellschaft noch Swiru Trustee. Ein möglicher Hinweis auf eine treuhänderische Funktion von Studhalters Firma, in der ab 2001 für vier Jahre auch der Obwaldner Politiker und Anwalt Hans Hess sass. Wie Recherchen zeigen, führte seinerzeit ein Mann namens Nariman Gadzhiev das Protokoll an den VR-Sitzungen der Swiru. Gadzhiev ist Kerimovs Neffe. Er soll Informationsminister Dagestans und für Kerimovs Nafta-Konzern aktiv gewesen sein. Es handelt sich um jene russische Ölhandelsfirma, die Oligarch Kerimov zur Jahrtausendwende schluckte und die auch in der Swiru Holding ihre Spuren hinterliess. So hiess eine Luxemburger Swiru-Tochter bis 2006 «Nafta Investments» und hielt eine Beteiligung an einem dortigen Nafta-Trader.

Wie auch immer. Studhalters Rechtsanwalt, Stefan Wehrenberg, sieht in seinem Mandanten «ein Opfer der französischen Justiz» und betont: «Der Zahlungsfluss von den Konten von Herrn Studhalter zu den Verkäufern der Villa «Hier» lassen sich lückenlos nachverfolgen.» Es habe keine zusätzlichen Zahlungen «unter dem Tisch» gegeben. Diese Tatsachen seien dem Gericht bekannt, sagt er und fügt hinzu, dass Studhalters steuerliche Situation «einwandfrei» sei: «Über zwanzig steuerliche Kontrollen wurden in Frankreich ohne Beanstandungen durchlaufen.» Er kämpft um den Ruf seines Mandanten und habe «rechtliche Mittel gegen die Art der Verfahrensführung beziehungsweise die laufend wiederholten falschen Anschuldigungen des französischen Untersuchungsrichters» ergriffen. Die Rekurse sollten im März behandelt werden.

117

Millionen Euro

Darlehen Diese Summe hat die Swiru Holding von Alexander Studhalter gesprochen, um FCB-Präsident Burgener die Kontrollübernahme an Constantin Medien zu ermöglichen. Die Eignerschaft der Swiru wird von den französischen Strafverfolgern angezweifelt.

Alexander Studhalter Der 49-jährige Treuhänder und Geschäftsmann hat in der Schweiz gemäss Teledata 48 aktive Firmenmandate als Verwaltungs- und Stiftungsrat beziehungsweise Geschäftsleiter. Sein Name taucht auch in Offshore-Firmen der Paradise Papers auf.



Suleiman Kerimov Der russische Oligarch besitzt gemäss «Forbes» 6,2 Milliarden Dollar und hat enge Geschäftsbeziehungen zu Studhalter, der Kerimovs Stiftung in Luzern präsidiert. Die Stiftung unterstützt seit Jahren das Zurich Film Festival mit 500 000 Dollar.